

Mongolei: Vom Kommunismus zur Demokratie und Marktwirtschaft?

Günter Siemers

Während kommunistische Regime, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden, in jüngster Zeit teilweise zusammengebrochen sind, hat sich im (nach der UdSSR) zweitältesten kommunistischen Staat der Erde, der Mongolischen Volksrepublik (MVR), eine ganz andere Entwicklung vollzogen: Die seit Anfang der 1920er Jahre herrschende kommunistische Partei hat an der noch im Gang befindlichen Demokratisierung, die dadurch praktisch gewaltfrei verlief, maßgeblich mitgewirkt. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Veränderungen schuf die UdSSR unter Mikhail Gorbatschow durch den Rückzug aus ihrer früher dominierenden Position.

Der folgende Beitrag hat, da Kenntnisse zur Mongolei hierzulande nicht sehr weit verbreitet sind, keinen analytischen Grundansatz, sondern versucht zunächst, wesentliche Fakten im Zusammenhang wiederzugeben und erst dann mit einer kurzen Analyse abzuschließen.

Entstehung des kommunistischen Staates

Mit fast 1,6 Mio. qkm ist die MVR nahezu 4 1/2mal so groß wie die heutige Bundesrepublik Deutschland. Dennoch bildet sie nur einen kleinen Rest des einstmals gewaltigen mongolischen Weltreiches.

Obwohl schon mehrere Jahrhunderte v.Chr. eine regionale Kraft, traten die Mongolen in die Weltgeschichte erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts n.Chr. ein: Temüschin, Sohn eines Stammesfürsten, konnte bis 1205 alle größeren mongolischen Stämme unter seiner Kontrolle einigen. 1206 an den Ufern des Flusses Onon von einer Art "Reichstag" zum obersten Herrscher mit dem Titel "Tschingis Khan" (der ihm auf Stammesebene bereits 1194 verliehen worden war) proklamiert, setzte er die Expansion fort. Unter ihm und seinen Nachfolgern entstand ein Imperium, das auf seinem Höhepunkt von der chinesischen Pazifik-Küste bis an die Donau und von Rußland bis ans Arabische Meer reichte. 1241 wurde bei Liegnitz das deutsche Ritterheer vernichtend geschlagen, 1242 tauchten mongolische Truppen an der Adria auf, 1258 wurde Bagdad erobert, 1260 Damaskus.

Durch Erbfolge entstanden jedoch vier große Teilreiche, die sich schon von der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts an immer mehr zu verselbständigen begannen. Im 14. und 15. Jahrhundert wurden die Mongolen zunehmend zurückgedrängt und spalteten sich wieder in rivalisierende Fürstentümer auf. Der Süden des ihnen schließlich verbliebenen Gebietes geriet allmählich unter die Herrschaft der Manchu, die auf China vorstießen und dort 1644 bis 1911 als Qing (Ch'ing)-Dynastie regierten; er bildet noch heute als autonome Region "Innere Mongolei" einen festen Bestandteil Chinas. Der Norden - gebietsmäßig nahezu identisch mit der heutigen MVR - wurde 1691 "Außenterritorium" Chinas und erhielt chinesische Garnisonen. Erst 220 Jahre danach führten chinesisch-russische Rivalitäten wieder zu einer grundlegenden Änderung seines Status.

Als im Oktober 1911 chinesische Nationalisten die Manchu stürzten, nützte die Nord-Mongolei dies, um am 1. Dezember 1911 die Unabhängigkeit auszurufen. Geistlicher und weltlicher Herrscher wurde zwei Wochen später der Bogdo

Gegen Jebcundamba, der schon vorher in dem noch abhängigen Gebiet an der Spitze des Lamaismus und damit der einheimischen Theokratie gestanden hatte. Rußland - zu dem auch in der "Außenterritorium"-Periode Kontakte bestanden hatten - unterstützte die Mongolen durch Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärausbildern. Im November 1912 erkannte es die Trennung der Nord-Mongolei von China vertraglich an, mußte sie aber, weil durch den 1. Weltkrieg stark in Europa gebunden, 1915 wieder China als "autonomes Gebiet" überlassen. 1919 entsandte China eine kleine Armee und annektierte diese "Äußere Mongolei" vollends.

Die Wirren im Gefolge der kommunistischen Machtübernahme in Rußland brachten der "Äußeren Mongolei" neuerliche Hilfe: 1920 drang der "verrückte Baron" von Ungern-Sternberg mit seinen weiß-russischen Truppen von Sibirien her ein und konnte bis zum Frühjahr 1921 die Chinesen vertreiben. Zunächst als Befreier begrüßt, machte er sich jedoch sehr schnell durch ein Terror-Regime verhaßt.

Vor dem Hintergrund des chinesisch-sowjetischen Tauziehens bildeten sich in der Äußeren Mongolei zwei nationalistisch-revolutionär orientierte Organisationen mit später berühmten Führern: die eine unter Sukhe Bator und Danzan, die andere unter Choibalsan. Auf Anraten von Repräsentanten der Komintern aus Moskau schlossen sie sich 1920 zu einer "Mongolischen Volkspartei" (MVP) zusammen, die für nationale Unabhängigkeit, eine gewählte Regierung, mehr soziale Gerechtigkeit und eine Konsolidierung des lamaistischen Glaubens und der Kirche eintrat.

Eine Delegation der MVP, die mit offizieller Zustimmung des Bogdo Gegen, aber nicht als bevollmächtigte Regierungsvertreter, zu Gesprächen in das kommunistische Rußland reiste, akzeptierte dort ein sowjetisches Hilfsangebot - mit der Schaffung einer pro-sowjetischen Regierung als Gegenleistung. Anfang März 1921 hielt die MVP auf russischem Hoheitsgebiet ihren ersten Parteitag ab und bildete dort am 13. März eine "provisorische Regierung". Am 3. Juli marschierten 10.000 russische Rotarmisten, unterstützt von der 700 Mann starken Armee der MVP-Regierung, in die "Äußere Mongolei" ein und konnten die Hauptstadt Urga (Bezeichnung ab November 1924: Ulan Bator) kampflos besetzen. Wenige Tage später wurde die Einführung einer konstitutionellen Monarchie beschlossen und eine neue Regierung gebildet, zu deren Gunsten die frühere formell am 1. September 1921 abdankte. Dem Bogdo Gegen blieben im wesentlichen nur noch religiöse Machtbefugnisse, aber der Regierung gehörten auch Mitglieder der traditionellen Oberschicht an. Als im Mai 1924 der Bogdo Gegen starb, wurde auf die Proklamation eines Nachfolgers verzichtet und am 13. Juni (bzw. formal durch das Parlament am 26. November) die "Mongolische Volksrepublik" (MVR) ausgerufen - der zweite kommunistische Staat der Erde. Die MVP benannte sich im August 1924 in "Mongolische revolutionäre Volkspartei" (MRVP) um.¹

Politische Entwicklung bis nach 1985

Obwohl sich die neue Volksrepublik zunehmend an das sowjetische Vorbild anlehnte, fehlte ihr eigentlich eine grundlegende Voraussetzung für die Anwendung marxistischer Ideologie: Die Wirtschaft basierte weitestgehend auf Vieh-

zucht, außerhalb dieser lebte ein erheblicher Teil der männlichen Bevölkerung als lamaistischer Mönch; die Arbeiterklasse dagegen, die eine zentrale revolutionäre Rolle spielen sollte, war mangels Industrie verschwindend klein. Dazu war das Land äußerst dünn besiedelt (1918 insgesamt 647.500 Einwohner² - d.h. im Durchschnitt auf 2,4 Quadratkilometern ein Mensch), was trotz des herrschenden Feudalsystems nicht eben der Bildung eines zusammenhängenden Proletariats förderlich sein konnte. Die MRVP verstand sich infolgedessen als Partei der "Araten" (Normalbürger, wie Viehzüchter u.a.) - aber selbst unter diesen stieß sie bald auf starke Ablehnung.

Die Zusammenarbeit mit den russischen Kommunisten und die Übernahme (anfangs lediglich eines Teiles) ihrer Ideologie war daher ursprünglich nur der Preis, den eine kleine Gruppe primär nationalistisch orientierter Aktivisten und Politiker für die Freiheit von chinesischer Oberhoheit zu bezahlen bereit war.³ Ziel dabei war keineswegs, die chinesische Herrschaft gegen eine sowjetische Vorherrschaft einzutauschen.

Aber eben dies trat ein - weil es den Interessen der erstarkenden UdSSR entsprach und China auf Jahrzehnte hinaus geschwächt blieb. Hatte China früher die Unterjochung der Mongolen im Rahmen der Sicherung seiner Grenzen gegen die immer wieder - und manchmal mit anhaltendem Erfolg - aus Zentralasien anstürmenden "Barbaren" und in neuerer Zeit auch zur Begrenzung der russischen Expansion betrieben, so galten für die Sowjets in Moskau ähnliche Motive: Als der spätere mongolische Nationalheld Sukhe Bator im November 1921 mit Lenin zusammentraf, erläuterte dieser ihm u.a., die Mongolei könne als Basis für eine Aggression dienen und sei daher für Rußland wichtig. Diese Maxime fand schon in den 1930er Jahren auch auf eine potentielle Bedrohung durch Japan Anwendung, das auf dem asiatischen Festland weiter vorzudringen begann, und noch 1945 äußerte Stalin dazu: "Wenn eine militärische Macht durch die Mongolei hindurch angreifen und die Transsibirische Eisenbahn unterbrechen würde, wäre es aus mit der UdSSR."⁵ Ein weiterer Grund für die Einflußnahme der Sowjetunion war sicherlich das ihrer Ideologie inhärente Bestreben, den Kommunismus auszubreiten.

Da, wie dargelegt, die Einführung des neuen politischen Systems in der Mongolei von außen und oben her und nicht etwa durch Revolution einer breiten Gruppe oder Schicht an der Basis der Bevölkerung stattfand, wurde der Kommunismus erst im nachhinein im Lande ausgebreitet. Dies geschah durch die Regierung und die Regierungspartei und war in den ersten Jahrzehnten oft mit Gewalt verbunden; der Widerstand dagegen kam z.T. aus deren eigenen Reihen, war aber zumindest in einer Phase auch in der Bevölkerung so verbreitet, daß er nur dank sowjetischer Militärhilfe unterdrückt werden konnte. Erst auf solche Weise kam es zu wirklichen revolutionären Veränderungen, d.h. einer sozialen und politischen Umwälzung auf breiter Grundlage.

Die sowjetische Einwirkung setzte politisch an zwei Punkten an - die durch mongolische Anhänger dieses Kurses, lange Zeit aber auch durch direkte Mitwirkung sowjetischer "Berater", realisiert wurden: der Besetzung wichtiger Posten mit Moskau-freundlichen Kadern, welche weitgehend die Grundzüge der sowjetischen Politik nachvollzogen, bzw. der Ausschaltung anti-sowjetischer Kader, und einhergehend damit meist engen außenpolitischen Beziehungen zur UdSSR und mit ihr befreundeten Staaten. Hinzu kam auch in der Wirtschaft die Schaffung einer starken Bindung an die UdSSR.

Die sowjetischen Truppen in der Mongolei wurden zwar schon bald erheblich reduziert⁶ und bis März 1925 völlig abgezogen⁷, aber bereits im Sommer 1922 traf die sowjetische Geheimpolizei ein und begann mit dem Aufbau einer neuen mongolischen Geheimpolizei, der GVO.⁸ Im August 1922 wurden 15 führende MVP-Politiker erschossen - darunter der Premier der 1921 gebildeten Regierung, Bodo, der im Januar 1922 sein Regierungsamt verloren und einem offiziellen Kommuniqué zufolge "unter Folter" eine "Verschwörung" gestanden hatte, nach einer der inoffiziellen Versionen aber sich den sowjetischen Forderungen von 1921 widersetzt hatte.⁹ Sukhe Bator, Kommandeur der mongolischen Streitkräfte, starb am 20.2.1923 - nach unterschiedlichen Versionen entweder durch Vergiftung oder an Krankheit.¹⁰ Vizepremier Danzan, ab März 1923 auch Nachfolger Sukhe Bators an der Spitze der Streitkräfte und Verteidigungsminister, wurde im August 1924 zusammen mit seinem Protegé Bawasan erschossen; er stand sowjetischen Positionen z.T. kritisch gegenüber, hatte allerdings auch gedroht, Militär zur Durchsetzung seiner Interessen einzusetzen.¹¹ Weitere Richtungskämpfe und "Säuberungen" mit zahlreichen Exekutionen folgten in den nächsten Jahrzehnten.

Das gewaltsame Ende Danzans ebnete, obwohl noch bis 1928 ein dem rechten innerparteilichen Flügel zuzurechnender Politiker Premierminister war, den Weg für ein Erstarken des linken Flügels, der durchgreifendere Reformen im Sinne des sowjetischen Vorbildes anstrebte und dessen Mitglieder z.T. bereits eine sowjetische Schulung durchlaufen hatten. Nach der ersten Sitzung des "Großen Volkshural" (Zentralparlamentes) 1924 wurde 1925 eine parteiinterne "Säuberung" durchgeführt, bei der 24% der etwa 7.600 Mitglieder ausgeschlossen wurden.¹² Im Spätherbst 1928 konnte der 7. Parteitag der MRVP (nachdem im September eine Komintern-Delegation aus Moskau zur Beratung angereist war) den "rechten Opportunismus" aufdecken und in der Folge einen harten Kurs durchsetzen, der sich u.a. in einer versuchten gewaltsamen Kollektivierung der Viehzucht, der Verstaatlichung anderer Formen der Privatwirtschaft und starken Angriffen auf den Lamaismus äußerte. (Die zahlenmäßig kleine Adelsschicht war schon früher in ihren Privilegien beschnitten worden.) 1932 wurden die Auswüchse zwar als "Linksabweichung" verurteilt, die Ergebnisse jedoch z.T. nicht rückgängig gemacht.¹³

Der Versuch einer Zwangskollektivierung der Viehzucht - der dann im August 1932 mit der Wiederauflösung der Genossenschaften zunächst endete - resultierte in der Abschachtung von 7 Mio. Tieren durch verärgerte Araten innerhalb von drei Jahren, Problemen in der Nahrungsmittelversorgung und wachsenden Unruhen, die schließlich nur noch durch den Einsatz von Militär mit Panzern unter Kontrolle gebracht werden konnten. Aus der Oberschicht wurden 1931-32 etwa 700 Haushaltsvorstände ins Gefängnis geworfen oder hingerichtet. Ab 1935 nahm die Intensität der Verfolgungen zu. Lamaistische Äbte und andere höhere Mönche wurden in öffentlichen Verfahren abgeurteilt. 1937-38 wurden ca. 2.000 von ihnen erschossen, zahlreiche weitere blieben in Haft; die "einfachen" Mönche wurden bereits ab 1928 zum Wechsel zu einer produktiven Tätigkeit in der Wirtschaft o.a. veranlaßt. Rund zwei Jahrzehnte nach der Gründung der MVP war die Gesamtzahl der Mönche damit von ca. 150.000 auf ca. 200 reduziert. Religion und Adel waren 1940 als politischer Faktor ausgeschaltet.

Ein überlebender Führer der ersten Stunde, Choibalsan, war an den Verfolgungen maßgeblich beteiligt; ihm wird u.a. die Liquidierung von Premierminister Genden im August 1937 und Premierminister Amar im März 1939 zugeschrieben.¹⁴ 1939 wurde Choibalsan selbst Regierungschef; im Frühjahr 1940 bestätigte ihn der 10.Parteitag als MRVP-Vorsitzenden.¹⁵ Bis zu seinem Tode im Januar 1952¹⁶ blieb er der unbestrittene "starke Mann" des Landes. In die Zeit seiner Tätigkeit in Spitzenpositionen fallen die Verabschiedung einer neuen Verfassung 1940 (die allerdings keine grundlegenden Veränderungen brachte) und der 2.Weltkrieg (in dem die MVR nur kurz von größeren Kämpfen betroffen war), aber auch die wohl schlimmste Periode von "Säuberungen" in der modernen mongolischen Geschichte. Bereits 1956 und 1962 wurden der Personenkult Choibalsans und die "grundlose Vernichtung einer enormen Zahl von Menschen zwischen 1937 und 1939" vom Zentralkomitee der MRVP verurteilt.¹⁷ Die staatliche Rundfunkstation Ulan Bator meldete am 1.2.1990 unter Bezugnahme auf den Vorsitzenden der Rehabilitierungskommission des Politbüros der MRVP, Politbüro-Mitglied T. Namsray, 38.806 Personen seien in den 1930er und 1940er Jahren "Opfer von Tyrannei und illegaler Unterdrückung" geworden - eine nach dem Kontext möglicherweise noch nicht vollständige Zahl.¹⁸

Choibalsans Nachfolger als Führer des Landes (zunächst als Premierminister, später in verschiedenen anderen Positionen) und Protege, Tsendenbal, war wie ersterer in der UdSSR ausgebildet, sprach fließend Russisch und lebte lange in der Sowjetunion, pflegte aber einen anderen Stil und setzte die Exzesse seines Ziehvaters nicht fort. Ein westlicher Mongolei-Fachmann hat daher Choibalsan mit Stalin und den Wirtschaftswissenschaftler Tsendenbal mit Breschnew verglichen.¹⁹ In der Ära Tsendenbal besserten sich die allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung erheblich, doch blieb auch er ein autoritärer Herrscher. T. Namsray wurde in der o.a. Rundfunkmeldung mit der Äußerung zitiert: "Als Vorsitzender der Rehabilitierungskommission kann ich sagen, daß im Verlauf ihrer Tätigkeit mehr und mehr Fakten zutage getreten sind, die eine Verwicklung von Y. Tsendenbal in die Unterdrückung unschuldiger Menschen belegen."

Im August 1984, während eines seiner langen UdSSR-Aufenthalte, verlor Tsendenbal seine Spitzenämter als Vorsitzender der MRVP und Staatsoberhaupt. Ende Juni 1990 wurde er aus der MRVP ausgeschlossen, am 21.4.1991 starb er 74jährig im Exil in Moskau.²⁰ Sein Nachfolger in den beiden Ämtern, Batmönch, zeigte sich Reformen gegenüber aufgeschlossen, konnte damit die grundlegenden Veränderungen 1990 politisch aber nicht überdauern.

Ausgangsbasis für die Reformen von 1990 war ein nach wie vor zentralistisches System auf der Grundlage der Verfassung von 1960, die den Führungsanspruch der MRVP festschrieb. Das Zentralparlament "Großer Volkshural" wurde in direkter, geheimer Wahl von Staatsbürgern ab 18 Jahren auf 5 Jahre gewählt. Es bildete die Legislative, hatte aber auch die Grundlagen der Politik zu formulieren. Das 8-köpfige Präsidium des Großen Volkshural hatte die Aufgabe, die Gesetzgebung zu interpretieren, Verordnungen zu erlassen, Verträge mit dem Ausland zu ratifizieren und (mit Zustimmung des Großen Volkshural) die Mitglieder des Kabinetts zu ernennen; es übte also gleichzeitig teilweise höchst-richterliche, parlamentarische und repräsentative exekutive Funktionen aus. Der Vorsitzende des Präsidiums des Großen Volkshural war Staatsoberhaupt.²¹

Da das Parlament aufgrund der Verfassung automatisch von Abgeordneten der MRVP beherrscht wurde und die Wähler nur zwischen Annahme oder Ablehnung der vorgegebenen Kandidaten zu entscheiden hatten - stereotypes Wahlergebnis zumindest bei den jüngeren Wahlen vor der von 1990: 99,99% Wahlbeteiligung, 99,99% Ja-Stimmen -, lag die wirkliche politische Macht bei der ebenfalls straff zentralistisch geführten MRVP (mit im Januar 1988 91.100 Mitgliedern²²) bzw. ihrem Zentralkomitee (mit nach dem Parteitag im April 1990 91 Mitgliedern²³) und innerhalb dessen dem kleinen Politbüro.

Dieses politische System - das zu westlichen Demokratie-Vorstellungen naturgemäß völlig im Gegensatz stand -, die früheren "Säuberungen" und die enge politische Bindung an die Sowjetunion sind aber nur die eine Seite der politischen Entwicklung seit 1921 bzw. 1924.

Die andere ist, daß die Klassenstruktur der vorher bestehenden Feudalgesellschaft beseitigt bzw. durch eine durchlässige neue Sozialstruktur ersetzt wurde, daß erhebliche Fortschritte in Bereichen wie der Gesundheitsfürsorge, dem Erziehungswesen u.a. erzielt wurden, und daß dazu die UdSSR einen wesentlichen Beitrag leistete.

So gab es vor 1921 kein öffentliches Erziehungssystem; die Ausbildung in den lamaistischen Klöstern erfolgte in tibetanischer Sprache, nur einige Fachinstitutionen und private Tutoren unterrichteten Mongolisch. 1940 lag die Analphabetenrate bei 80%, 1947 immer noch bei 56,6%. 1955 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt. 1988 besuchten - bei einer Gesamtbevölkerung von rund 2 Mio. Einwohnern - 70.500 Kinder den Kindergarten, 499.500 Personen waren Schüler oder Studenten.²⁴ Eine Vielzahl mongolischer Staatsbürger hat eine Auslandsausbildung in der UdSSR - oder, in sehr viel geringerem Umfang, einem anderen COMECON-Staat, darunter der früheren DDR - durchlaufen; so hielten sich allein im Unterrichtsjahr 1983/84 nach einer sowjetischen Meldung etwa 11.000 Mongolen zur Ausbildung in der Sowjetunion auf.²⁵

Zu Beginn dieses Jahrhunderts lag die Sterberate bei hohen 2,5 bis 3%, die Säuglingssterblichkeit (vor Vollendung des 1.Lebensjahres) sogar bei ca. 50%. Nach offiziellen Angaben ist die Sterberate seit 1921 auf 1/3 und die Säuglingssterblichkeit auf 1/8 gefallen - was u.a. dazu führte, daß bei der Volkszählung 1989 von insgesamt 2,043 Mio. Einwohnern 44,2% weniger als 15 Jahre alt waren.²⁶ 1987 gab es durchschnittlich 26 Ärzte und 83 Personen im paramedizinischen Dienst je 10.000 Einwohner²⁷, bzw. anders ausgedrückt 1 Arzt je 385 Einwohner und 1 Person im paramedizinischen Dienst je 120 Einwohner - ein personalmäßig sehr guter Versorgungsstand.

Ein allgemeines staatliches Pensionssystem (unter das gegenwärtig Frauen ab 55 Jahre und Männer ab 60 Jahre fallen) wurde 1958 eingeführt; seit 1979 sind darin auch die Mitglieder von Agrargenossenschaften - die bis dahin eigene Pensionsfonds hatten - einbezogen, womit sich die Monatspensionen für sie um 50% erhöhten.²⁸

Trotz ausländischer Hilfe waren diese Fortschritte mit recht erheblichen Eigenleistungen verbunden. Voraussetzung für letztere waren höhere Staatseinnahmen durch eine Expansion der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Entwicklung bis nach 1985

Wie sie 1921 von der neuen Regierung übernommen wurde, basierte die Wirtschaft im wesentlichen auf Tierhaltung. Es gab ein kleines Kohlebergwerk mit (1919) 40 Arbeitern und ausländisch kontrollierten Goldbergbau mit zusammen etwa 900 Beschäftigten, außerdem insgesamt 363 kleine chinesische Geschäfte u.a. Eine eigene Währung bestand um diese Zeit nicht; als Zahlungsmittel dienten Schafe, Teeziegel, Silberbarren oder -münzen, russische und chinesische Banknoten etc.

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung von 1921 war eine Verstaatlichung der Bergwerke, Kraftwerke, Telegraphenlinien u.a. aus ausländischem Besitz. Investitionen aus der UdSSR in joint ventures waren hingegen willkommen und bildeten eine wichtige Stütze beim wirtschaftlichen Aufbau. Zu ihnen gehörten die Mongolbank (1924), Vorläuferin der heutigen Staatsbank, das Straßenverkehrsunternehmen Mongoltrans (1929) und verschiedene Handelsfirmen.²⁹ Durch die Verfassung von 1924 gingen Grund und Boden, Bodenschätze, Wald und Gewässer vollständig in Staatsbesitz über; außerdem wurden die Schulden gegenüber ausländischen Handelsfirmen aufgehoben und ein Staatsmonopol auf den Außenhandel eingeführt, das allerdings erst schrittweise verwirklicht werden sollte.³⁰ 1925 wurde als eigene Währung der MVR der Tugrik, gedeckt durch Silber, eingeführt, 1928 wurde er alleinige Landeswährung mit Deckung durch Gold.³¹

Parallel zur Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR wurde nach 1928 auch in der MVR die o.a. Kollektivierung der Viehzucht eingeleitet. Nach heftigem Widerstand der mongolischen Araten gab das ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) jedoch am 29. Mai 1932 eine Empfehlung an die MVR heraus, diese Politik einzustellen - der Folge geleistet wurde. Der Großtierbestand (Kamele, Pferde, Rinder, Schafe, Ziegen, nicht jedoch Schweine etc.) in der MVR, der allein im Zeitraum 1930 bis 1932 von 23 Mio. auf 16 Mio. Tiere zurückgegangen war, erholte sich und erreichte 1936 wieder den früheren Stand. Nach einer Bemerkung Stalins, die MVR solle 1951 bis 1953 einen Großtierbestand von 200 Mio. erreichen, verabschiedete 1940 der 10. Parteitag der MRVP eine Resolution mit der Aufforderung, die Zahl der Großtiere bis 1945 auf 50 Mio. und bis 1953 auf 200 Mio. zu erhöhen. Im Ergebnis lag sie 1945 bei 21 Mio.³² (Die Kollektivierung erfolgte dann in den 1950er Jahren.)

Auch im Außenhandel sicherte sich die UdSSR rasch eine Vorrangstellung: Während 1923/24 etwa 1/7 der mongolischen Exportproduktion (hauptsächlich Tiere und tierische Erzeugnisse) in die Sowjetunion ging, waren es 1928/29 bereits 85,5%, und fast die Hälfte der - wesentlich geringeren - mongolischen Einfuhren bestand aus in der UdSSR hergestellten Konsumgütern. Der sowjetische Anteil am mongolischen Außenhandelsvolumen stieg von 1924 13,6% auf fast 70% gegen Ende der 1920er Jahre; von 1932 bis 1952 - d.h. dem Ende der Ära Choibalsan - war die UdSSR nach mongolischen Angaben praktisch einziger Außenhandelspartner.³³

In der lange Zeit noch sehr kleinen industriellen Basis der MVR waren anfangs sogar die Arbeitskräfte überwiegend Ausländer, meist Russen oder Chinesen. 1927 waren nur 26% der Industriearbeiter Mongolen, 1935 etwa die Hälfte (von insgesamt 2.064), 1940 allerdings bereits 87,7% (von 33.100 Arbeitern und Angestellten).³⁴

Bis in die 1950er Jahre kam es nicht zu einschneidenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur: Die Viehwirtschaft und in geringerem Umfang das auf ihr aufbauende verarbeitende Gewerbe blieben dominierend. So kamen z.B. 1952 60 bis 70 Prozent aller für den Markt produzierten Güter aus der Viehwirtschaft, und 1954 bestanden über 80% aller Exporte aus Tieren und tierischen Produkten.³⁵ Danach war die wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet durch eine anhaltende Bedeutung der Tierzucht, jedoch auch eine erhebliche Erweiterung des sehr geringen Feldbaus, einen bedeutenden Ausbau der Industrie (darunter besonders des Bergbaus) und einen ebenfalls erheblichen Ausbau der Infrastruktur. Dies zeigen u.a. die folgenden Indexziffern, bezogen auf 1940 = 1.³⁶

	1980	1988
	-----	-----
Bruttoinlandsprodukt	11,4	18,8
Volkseinkommen	8,9	13,9
Landwirtschaftl. Bruttoproduktion	2,0	3,0
Großtierzucht	1,7	2,1
Feldbau	86,4	234,9
Industrielle Bruttoproduktion	33,8	61,3
Güterumschlag aller Verkehrsmittel	375,0	626,0

Belegt wird dieser Strukturwandel ebenso durch die Entwicklung der sektoralen Beiträge zur Entstehung des Volkseinkommens von 1960 bis 1988. So stieg der Beitrag der Industrie in diesem Zeitraum von 14,6% auf 34,0% und der von Verkehr und Nachrichtenübermittlung von 9,1% auf 11,4%, während etwa der der Landwirtschaft von 22,9% auf 18,7% zurückging.³⁷ Ähnlich hatten an den Exporten 1965 Rohstoffe für die Nahrungsmittelherstellung und Nahrungsmittel einen Anteil von 40,2% und 1988 nur noch von 16,2%, aber "Brennstoff, mineralische Rohstoffe und Metalle" in denselben Jahren 0,6% bzw. 41,7%, oder Konsumgüter aus dem verarbeitenden Gewerbe 2,6% bzw. 15,8%.³⁸

Die Modernisierung und Restrukturierung mußte in der bestehenden Zentralverwaltungswirtschaft zu einem erheblichen Teil vom Staat finanziert werden, der von seinen Haushaltsausgaben z.B. 1960 53,1%, 1980 43,6% und 1988 45,4% für die wirtschaftliche Entwicklung aufwandte.³⁹ Einen weiteren sehr wesentlichen Beitrag dazu leisteten aber - von chinesischer Hilfe in der Periode 1952-1962 abgesehen - die COMECON-Staaten und allen voran die UdSSR, die sowohl Kapital als auch Technologien und Fachleute zur Verfügung stellten.⁴⁰ Zu Beginn der 1980er Jahre belief sich die Zahl der sowjetischen Fachleute (außerhalb des militärischen Bereiches) in der MVR auf ca. 32.000 (wozu 28.000 Familienangehörige kamen) - davon etwa 20.000 in Ulan Bator -, die der Experten aus Staaten des östlichen Europa auf schätzungsweise 1.500.⁴¹ Obwohl ein Teil der Hilfe aus Schenkungen bestand, hatte die mongolische Verschuldung gegenüber der UdSSR Anfang 1990 einen Stand von 9,7 Mrd. Rubeln (kurzfristige Kredite in der Abwicklung des Warenverkehrs nicht einbezogen).⁴² Auf der anderen Seite profitierte jedoch auch die Sowjetunion, indem sie ihre Importe aus der MVR zu unter dem Weltmarktniveau liegenden Preisen bezog; die Verrechnung erfolgte dabei nicht in frei konvertierbaren Währungen⁴³, sondern in sog. "Transfer-Rubeln".

Zur Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit nannte der sowjetische Botschafter in Ulan Bator im Februar 1990 in einem Artikel in der mongolischen Zeitung *Unen* die folgenden Zahlen: "Gegenwärtig" tragen mit sowjetischer Hilfe geschaffene Unternehmungen etwa 60% zur industriellen Bruttoproduktion und 20% zur landwirtschaftlichen Produktion der MVR bei, und die UdSSR deckt 80% des Gesamtbedarfs der mongolischen Wirtschaft an Erzeugnissen für industrielle und technische Zwecke.⁴⁴ Nach einer sowjetischen Meldung im Oktober 1988 sollten etwa 40% aller Bau- und Montagearbeiten, die im mongolischen Entwicklungsplan 1985-90 vorgesehen waren, von sowjetischen Betrieben durchgeführt werden.⁴⁵

Die Exporte der MVR gingen auch in neuer Zeit überwiegend in die UdSSR bzw. weitestgehend in kommunistische Staaten. Der Anteil letzterer lag z.B. 1960 bei 99,7%, 1980 bei 98,4% und 1988 bei 94,6% (1988 92% in COMECON-Länder und 2,6% in sonstige kommunistische Staaten). Ähnlich kamen - bei einer jeweils stark defizitären Handelsbilanz - von den Importen 1960 99,8%, 1980 98,5% und 1988 97,9% aus kommunistischen Staaten (1988 95,7% aus COMECON-Ländern und 2,2% aus anderen kommunistischen Staaten).⁴⁶ Aus früheren Angaben leitet sich ein Anteil der UdSSR am mongolischen Außenhandel von 1988 ca. 80% ab.

Hauptmerkmale der Wirtschaft der MVR waren also die weitgehende (allerdings nicht durch veröffentlichte Zahlen belegbare) Ausschaltung des privaten Sektors, eine sehr enge Bindung an die UdSSR und nach Mitte der 1950er Jahre eine zunehmende Modernisierung und Industrialisierung.

Die demokratische Umgestaltung in der Politik nach 1985

Obwohl die bisher maßgeblichen Veränderungen zur Demokratisierung 1990 erfolgten, gab es vergleichsweise kleinere Ansätze dazu schon Jahre vorher.

So begann "il tod" - die mongolische Version von "glasnost" (Offenheit) - äußerlich schon 1986 Einzug zu halten, als Präsident und MRVP-Generalsekretär J. Batmönh sie immer wieder propagierte, z.B. im Mai auf dem 19. MRVP-Parteitag, wo er die Massenmedien als "Werkzeuge der Offenheit" bezeichnete, oder im Dezember auf einer Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der MRVP, wo er zur "Offenheit" aufforderte, um die "wirkliche" Lage bekanntzumachen und eine Panne und Verluste in der Wirtschaft zu vermeiden. Hintergrund dazu war offenbar die Erkenntnis Batmönhs, daß die eingetretene wirtschaftliche Stagnation auf die starre Kommandowirtschaft zurückging, die für die Ära Tsendenbal kennzeichnend war.⁴⁷

Mitte 1988 erklärte Batmönh, die Reformen, die sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf Ideologie, Erziehung und Moral bezögen, stünden noch am Anfang, und faßte zusammen: "Aber im Moment scheint es so zu sein, daß wir über die neue Weise reden und immer noch nach der alten Weise arbeiten. Deshalb müssen wir die Erneuerung und Umstrukturierung bei uns selbst beginnen und altmodisches Denken und obsoleete Methoden aufgeben." In dieselbe Richtung wiesen öffentliche Äußerungen einer Reihe anderer Persönlichkeiten. Sie reflektierten Unzufriedenheit, die auch in der Bevölkerung verbreitet war: Nach den im August 1988 in der Parteizeitung *Unen* ("Wahrheit") veröffentlichten Ergebnissen einer Meinungsumfrage in mehreren Provinzen waren nur 20%

der Befragten mit der Arbeit der ihr Gebiet repräsentierenden Parlamentsabgeordneten zufrieden und 62% unzufrieden. Unen merkte an, wenn die Parlamente (der verschiedenen Ebenen) wirklich die Bevölkerung repräsentierten, müsse ein Parlamentarier nicht unbedingt der Partei (MRVP) angehören.⁴⁸

Im Dezember 1988 wurde auf einer Sitzung des ZK der MRVP Tsedenbal für die Probleme in Politik und Wirtschaft offiziell verantwortlich gemacht, weil er Diskussionen über Parteiangelegenheiten und Ideologie drei Jahrzehnte lang verhindert habe; auch habe er die (negative) sowjetische Version von der historischen Rolle Tschinggis Khans und des mongolischen Reiches akzeptiert und sei nicht bereit gewesen, das Risiko einzugehen, sich (durch eine andere Auffassung) den Unmut der Sowjets zuzuziehen. Die MRVP rief daher dazu auf, die (bis dahin zur Schau getragene) Gleichgültigkeit gegenüber dem kulturellen Erbe zu überwinden. Tschinggis Khan und die (1945 durch das kyrillische Alphabet ersetzte) mongolische Schrift fanden danach wieder großes öffentliches Interesse.

1989 begann die MRVP selbst mit deutlicheren Reformen. Sie schlossen u.a. die Einsetzung verschiedener Fachkommissionen ein, die ein neues Parteiprogramm ausarbeiten, Änderungen in der Parteisatzung vorschlagen, Verfahren für die Rehabilitierung von unter Choibalsan und seinen Vorgängern unrechtmäßig verfolgten Personen beschließen und die Verfassung der Mongolei (von 1960) neu bearbeiten sollten.⁴⁹

Parallel dazu erfolgten Kursänderungen auch in der Wirtschaft (s.u.) und der Außenpolitik.

In ihren auswärtigen Beziehungen gewann die MVR durch die wachsende Entspannung zwischen ihren beiden einzigen Anrainer-Staaten, der UdSSR und der VR China, zunehmend Handlungsspielraum. Am 10.8.1986 wurde ein Konsularvertrag mit der früher heftig kritisierten VR China unterzeichnet und am 23.10.ratifiziert;⁵⁰ eine Reihe weiterer Vereinbarungen folgte, darunter ein im Juni 1987 paraphiertes Grenzhandelsabkommen. Zu den USA - die dies vorher allerdings auch selbst vermieden hatten - wurden am 27.1.1987 diplomatische Beziehungen aufgenommen.⁵¹ Am 31.7.1989 folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur EG⁵² - deren Mitgliedsstaaten individuell solche Beziehungen jedoch schon seit einer Reihe von Jahren unterhalten hatten.

Vielleicht wichtigster außenpolitischer Vorgang für die MVR in dieser Zeit war der einsetzende Abzug der sowjetischen Truppen, die wegen der chinesisch-sowjetischen Konfrontation ab 1963 in der Mongolei stationiert worden waren und allein numerisch mehr als doppelt so stark gewesen sein dürften wie die mongolischen Streitkräfte.

Entsprechend der Ankündigung Mikhail Gorbatschows in seiner berühmten Rede 1986 in Wladiwostok zog die UdSSR von April bis Juni 1987 eine motorisierte Infanterie-Division und mehrere kleinere Einheiten aus der MVR ab - was die VR China zu dem Hinweis veranlaßte, auch danach stünden noch vier sowjetische Divisionen auf mongolischem Gebiet.⁵³ 1989 lief jedoch der Abzug von zunächst 75%, später aller restlichen sowjetischen Militäreinheiten an, der Mitte 1992 abgeschlossen sein soll. Allein von Mai bis Oktober 1989 wurden 50.320 Mann mit 3.118 Panzern, 768 Kanonen und 351 Flugzeugen, von Januar bis Dezember 1990 32.900 Soldaten mit über 700 Panzern, mehr als 400 Kanonen und 138 Flugzeugen in die UdSSR zurückverlegt.⁵⁴

Die mongolische Regierung kündigte vor diesem Hintergrund im März 1989 an, sie werde die eigenen Streitkräfte bis Ende 1990 um 13.000 Mann sowie 18 Flugzeuge, 1.000 Lkws, 60 Panzer und 30 gepanzerte Mannschaftstransportwagen reduzieren und die Militärausgaben um 11% senken.⁵⁵ Falls damalige westliche Einschätzungen der mongolischen Streitkräfte zuträfen (24.500 Soldaten mit 650 Kampfpanzern der Typen T-54/-55/-62, 30 Kampfflugzeugen der Typs MiG-21, Transportflugzeugen etc.⁵⁶), beständen die mongolischen Streitkräfte inzwischen nur noch aus einer relativ kleinen Zahl aktiver Soldaten mit zwar nicht modernster, aber doch guter Ausrüstung.

Auf den Verlust der früheren potentiellen Rückendeckung durch die sowjetischen Truppen im Lande reagierte die Regierung in Ulan Bator also nicht etwa mit einer Verstärkung des eigenen Militärs zu ihrer innenpolitischen Absicherung, sondern zeigte im Gegenteil Flexibilität und weitere Reformbereitschaft.

Vor diesem Hintergrund und dem der Ereignisse in Ost-Europa setzte dann im Herbst 1989 eine vorher kaum denkbare oppositionelle Bewegung zur Demokratisierung ein (ob unmittelbar durch die Vorgänge in Ost-Europa beeinflusst, geht aus den hier vorliegenden Informationen nicht hervor).

Auf erste kleinere Demonstrationen im Dezember 1989, deren Teilnehmerzahlen unterschiedlich auf 250 bis zu mehr als 1.000 geschätzt wurden, reagierte die Regierung weich: Um den Jahreswechsel wurden drei Repräsentanten des Veranstalters, der einige Monate(?) vorher als erste einer Reihe oppositioneller Organisationen gegründeten "Mongolian Democratic Association" (MDA; identisch mit der "Mongolian Democratic Union", MDU?) zu einer Fernsehdiskussion mit einem Vertreter der regierenden MRVP eingeladen; die Massenmedien berichteten ausführlich über die Demonstrationen, und eine Gewerkschaftszeitung unterstützte sie in einem Artikel. Umgekehrt forderten die Demonstranten zwar erhebliche Änderungen - u.a. freie Wahlen, Volksabstimmung über wichtige Fragen, eine stärker marktorientierte Wirtschaft, Abschaffung der Privilegien für Funktionäre -, traten jedoch nicht für Gewaltanwendung dabei ein.⁵⁷

Um den 20. Januar 1990 erließ das Präsidium des Großen Volkshural Vorschriften, nach denen Demonstrationen in Ulan Bator vorher mit Angabe der rechtlich Verantwortlichen etc. angemeldet werden mußten - Recht, das in etwas lockerer Form z.B. auch in der Bundesrepublik Deutschland gilt - und auf bestimmten Plätzen verboten waren,⁵⁸ aber die Kundgebungen wurden, selbst wenn ohne Genehmigung durchgeführt, nicht unterdrückt. Als um dieselbe Zeit 13 ausländische Journalisten zur bis dahin größten Veranstaltung der Opposition (mit ca. 6.000 Teilnehmern) als "Touristen" einreisten, wurden sie bei der Ankunft in Ulan Bator von einem Regierungsvertreter höflich als "Journalisten" begrüßt, und die staatliche Fremdenverkehrsorganisation organisierte für sie eine Pressekonferenz mit Oppositionellen.⁵⁹

Am 22. Januar meldete Radio Ulan Bator von einer Zusammenkunft von Vertretern der Oppositionsorganisation "Mongolian Democratic Union" (MDU) mit dem MRVP-Politbüroandidaten⁶⁰ Lantuu, als offizielle Antwort auf eine 13-Punkte-Petition der MDU habe Lantuu übermittelt, die meisten der Forderungen stünden im Einklang mit der Politik der Regierung.⁶¹ Einige Wochen später, am 13. Februar, teilte Premierminister Sodnom mit, es sei beschlossen worden, mit der MDU bei der Vorbereitung des offiziellen Gründungsparteitages am 18. d.M. (für eine "Mongolian Democratic Party", MDP) zusammenzuarbeiten.⁶²

Am 23. Januar gab ein Regierungssprecher bekannt, im April sollten Lokalwahlen abgehalten werden; für die Regierungspartei sei dabei ein Mehr-Parteien-System vorstellbar ("could envisage").⁶³ Politbüroandidat D. Byambasuren, seit Dezember 1990 stellvertretender Premierminister, teilte um den 25. Januar in einem Fernseh-Interview mit, der Entwurf einer neuen Verfassung sei in Arbeit und werde der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt werden; die Bevölkerung werde auch über die Einführung eines Mehr-Parteien-Systems zu entscheiden haben.⁶⁴

Die Opposition setzte in der Folge ihre friedlichen Kundgebungen fort - meist mit nur einigen tausend Teilnehmern, mit einer Höchstzahl jedoch von 40.000 am 4. März, falls die entsprechende Presse- bzw. Nachrichtenagenturmeldung zutrifft.⁶⁵ In einer am selben Tag herausgegebenen gemeinsamen Erklärung, die an das ZK der regierenden MRVP und an das Präsidium des Großen Volkshural gerichtet war, forderten Vertreter der MDA, des neuen "Social Democratic Movement" (SDM), der "New Progressive Union" (NPU) und der "Union of Mongolian Students":

- Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der MRVP noch im März und Änderung der Zusammensetzung des ZK der Partei;
- Trennung der Parteiangelegenheiten von denen des Staates;
- noch im März Bildung eines "Provisorischen Volkshural" unter Beteiligung aller politischen Kräfte;
- Verabschiedung einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes durch den "Provisorischen Volkshural";
- danach Schaffung neuer staatlicher Institutionen auf der Grundlage demokratischer Wahlen, anschließend Auflösung des "Provisorischen Volkshural";
- Beantwortung der gemeinsamen Erklärung über Rundfunk oder Fernsehen spätestens am 7. März.

Bei der Verwirklichung dieser Forderungen dürfe, so die gemeinsame Erklärung, der Unabhängigkeit des Landes, der nationalen Solidarität und der Sicherheit des Volkes kein Schaden zugefügt werden.

Die Regierung gab dazu am 7. März eine offizielle Erklärung heraus, in der u.a. festgestellt wurde:

- Forderungen nach Vorverlegung des ordentlichen Parteitages der MRVP bzw. der Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages sind auch bereits aus der Partei selbst gekommen. Nach Rücksprache mit Vertretern der o.a. Organisationen ist daher am 6. und 7. März über Rundfunk und Fernsehen eine Antwort ausgestrahlt worden.
- Da der Große Volkshural seine verfassungsmäßigen Rechte ausübt, würde die Bildung eines "provisorischen Volkshural" zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung gegen die geltende Verfassung verstoßen. Eine solche Entscheidung kann daher nur von den Wählern oder dem Großen Volkshural getroffen werden.
- Die Erneuerung der Verfassung soll aber beschleunigt werden, und es müssen neue Strukturen für oberste gesetzgebende Körperschaften geschaffen werden. Dieser Punkt wird vom Großen Volkshural auf seiner nächsten Sitzung behandelt werden.
- Das Politbüro der MRVP und das Präsidium des Großen Volkshural bekräftigen erneut ihr Bemühen um einen sachlichen Dialog mit den neuen Organisa-

tionen etc. und um Zusammenarbeit mit ihnen auf der Grundlage von gegenseitigem Verständnis.

- Es ist bereits bekanntgegeben worden, daß am 8.März das ZK der MRVP und am 12.März der Große Volkshural zusammentreten werden, um sich mit einer politischen Reform zu befassen.⁶⁶

Am selben 7.März begannen 10 Mitglieder der MDU-Führung in Ulan Bator einen Hungerstreik.⁶⁷ Die Teilnehmerzahl an der nur wenige Tage dauernden Aktion stieg danach auf mehr als 20 an, und mehrere tausend Sympathisanten umringten das Lager der Teilnehmer.⁶⁸ Drei weitere kleine Hungerstreiks oder "sit-ins" fanden im Mai in Moron, Darhan und Suhbator statt.⁶⁹ Immer wieder gab es - meist oppositionelle - friedliche Demonstrationen mit nicht überwältigend hoher Teilnehmerzahl. Eine Gefährdung der Regierung durch umfangreiche Massenproteste oder gar gewalttätige Ausschreitungen war, soweit aus den lokalen und ausländischen Massenmedienberichten ersichtlich, trotz gewisser Spannungen konkret zu keinem Zeitpunkt gegeben.

Dennoch gaben Regierung und MRVP stufenweise Macht ab. Die MRVP-Spitze und die Staatsspitze wurden noch im März ausgewechselt. Nachfolger Batmönhs als MRVP-Generalsekretär wurde Gombojavyn Ochirbat,⁷⁰ als Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volkshural und damit Staatsoberhaupt Punsalmaagiyn Ochirbat (nicht verwandt mit dem MRVP-Generalsekretär); die Nachfolge Sodnoms als Premierminister trat Sh. Gungaadorj an. Außerdem billigte der Große Volkshural auf seiner Sitzung vom 21. bis 23.März u.a. die Streichung des Führungsanspruches der MRVP aus der Verfassung, das Vorziehen der nächsten Parlamentswahl auf 1990, ein Wahlgesetz, nach dem Bürger (anders als vorher) selbst Kandidaten für Wahlen aufstellen können, und die Ausarbeitung einer Umstrukturierung des Parlaments.⁷²

Auf einem Sonderparteitag der MRVP Mitte April sagte nach Organisationswahlen, bei denen 4/5 der früheren Mitglieder nicht wieder in das (von 146 auf 91 Mitglieder verkleinerte) ZK gewählt wurden, die neue Führung für Juli 1990 eine freie und faire Parlamentswahl zu.⁷³ Am 20.April wurde die Abschaffung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit bekanntgegeben, dem auch 15.000 Mann "Miliz" unterstanden hatten.⁷⁴ Im Juni wurde anlässlich der Vorstellung des neuen Jahresbudgets der MRVP (100 Mio. Tugrik) bekanntgegeben, daß die Mitglieder des Zentralkomitees und einige andere hochrangige Funktionäre künftig nicht mehr ihre Ausgaben für Unterkunft, Strom und Heizung ersetzt und ein Urlaubsgeld erhalten sollten; außerdem verzichte die MRVP gemäß Parteitagsbeschluß vom April jetzt auf den jährlichen Staatszuschuß von in den letzten Jahren jeweils 21 Mio. Tugrik.⁷⁵ Ende Juni schloß das ZK sieben früher führende Parteimitglieder aus der MRVP aus, für sechs weitere, darunter Batmönh und Sodnom, wurde die Parteimitgliedschaft nur noch auf Bewährung fortgesetzt, weil sie "ihre Pflichten nicht erfüllt" hätten.⁷⁶

Die einschneidendsten Änderungen wurden jedoch am 10. und 11.Mai vom Großen Volkshural nach sehr kontroversen Debatten verabschiedet.

Zum einen revidierte das Parlament die geltende Verfassung von 1960, um ein neues legislatives und exekutives System zu schaffen. Das Parlament umfaßt seither zwei Kammern: den Großen Volkshural und den Kleinen Staatshural. Ersterer besteht aus 430 auf fünf Jahre direkt gewählten Abgeordneten und muß

während dieser fünf Jahre wenigstens viermal zusammentreten. Er kann mit 2/3-Mehrheit die Verfassung ändern, Gesetze verabschieden, die Grundsätze der Politik formulieren und Haushalts- und Wirtschaftspläne verabschieden; außerdem wählt er den Präsidenten und Vizepräsidenten der Mongolei. Der Kleine Staatshural fungiert als ständiges Parlament. Er umfaßt 50 ebenfalls auf fünf Jahre gewählte Abgeordnete; die Wahl dieser Mandatsträger erfolgt jedoch nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Abgeordneten des Großen Volkshural, wobei sich eine Zusammensetzung nach Parteien ergeben muß, die prozentual der des Großen Volkshural entspricht (d.h. auf je 2% Anteil entfällt ein Mandat im Kleinen Staatshural); wenigsten 3/4 der Abgeordneten des Kleinen Staatshural müssen gleichzeitig dem Großen Volkshural angehören. Der Vizepräsident der Mongolei ist ex officio Vorsitzender der Kleinen Staatshural, der Präsident der Mongolei ex officio Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der Kleine Staatshural wählt den Ministerrat (= Kabinett), dessen Mitglieder nicht Abgeordnete des Großen Volkshural sein dürfen.

Das Wahlgesetz legalisierte die bis dahin rechtlich formlose Existenz der neuen Parteien, soweit sie sich nach seinem Inkrafttreten beim Obersten Gerichtshof der Mongolei eintragen ließen, dafür wenigsten 451 Unterschriften vorlegten und gewisse andere Voraussetzungen - Verfassungstreue, Offenlegung der Finanzen etc. - erfüllten. Registrierte Parteien sollten in den Wahlkommissionen zur Vorbereitung der Wahlen vertreten sein.⁷⁸ Das Wahlverfahren wurde im Juni vom Präsidium des Großen Volkshural dahingehend abgeändert, daß zunächst eine Vorwahl in allen Wahlkreisen mit mehr als zwei Kandidaten zur Ausscheidung des dritten und weiterer Kandidaten stattfinden mußte, so daß bei der eigentlichen Wahl in jedem der 430 Wahlkreise nur ein oder zwei Kandidaten vorhanden waren.⁷⁹ Als Voraussetzung für faire Wahlen waren bereits im April die Bestimmungen des Versammlungsrechtes gelockert worden.⁸⁰ Außerdem war zur Entschärfung der politischen Streitfragen am 5. Mai von Regierung und Opposition die Einrichtung eines beim Präsidium des Großen Volkshural angesiedelten gemeinsamen Konsultativrates beschlossen worden.⁸¹

Die Wahl wurde von ausländischen Beobachtern verfolgt. Ihre Durchführung war generell korrekt. Insgesamt traten 6 Parteien mit rund 2.400 Kandidaten für den Großen Volkshural an; gleichzeitig damit wurden auch Wahlen für die tieferen Ebenen durchgeführt. Bei der Vorwahl am 22. Juli lag die Wahlbeteiligung bei über 90%. Für den Hauptwahlgang zum Großen Volkshural am 29. Juli waren nur noch 799 Kandidaten qualifiziert, davon 628 von der MRVP, die in 213 Wahlkreisen einzige noch vertretene Partei blieb und damit eine absolute Mehrheit nahezu gesichert hatte.⁸² Endergebnis der Wahl (nach mehreren Nachwahlgängen) für die de facto 431 Sitze: MRVP 357; Mongolian Democratic Party (MDP) 16; Mongolian Revolutionary Youth League (MRYL) 9; Mongolian National Progress Party (MNPP) 6; Mongolian Social Democratic Party (MSDP) 4; Parteilose 39; die ebenfalls angetretene Green Party errang kein Mandat. Die MRYL ist eine Art Jugendorganisation der MRVP; ihr Vorsitzender gehört der MRVP an.

Die 50 Sitze im Kleinen Staatshural verteilen sich dementsprechend wie folgt: MRVP 31 (einschl. MRYL?), MDP 13, MNPP 3, MSDP 3. Nur 6 der Abgeordneten sind nicht Mitglied des Großen Volkshural.⁸³

Das schlechte Ergebnis der Opposition dürfte z.T. darauf zurückzuführen sein, daß die neuen Parteien bei der sehr dünnen Besiedelung der Mongolei außerhalb der Städte noch nicht allzu bekannt waren - aber zweifellos war es auch ein Votum für die MRVP mit ihrem gewandelten Programm.

Das hohe Maß an Toleranz, das die mongolische Politik in jüngster Zeit kennzeichnet, zeigte sich auch bei der folgenden Regierungsbildung: Trotz ihrer absoluten Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments beteiligte die MRVP vier der unterlegenen Parteien, darunter sogar die nicht ins Parlament gelangten Grünen, und wenigstens zwei Parteilose an der Regierungsspitze - und die Parteien nahmen die Zusammenarbeit an. Als Staatsoberhaupt wurde - mit dem neuen Titel "Präsident" - der bisherige Amtsinhaber, P. Ochirbat (MRVP), bestätigt, aber Vizepräsident und gleichzeitig Vorsitzender des ständigen Gesetzgebungsorgans Kleiner Volkshural wurde R. Gonchidorj (MSDP). Zum neuen Premierminister stieg der bisherige stellvertretende Premier, D. Byambasuren (MRVPP), auf - aber 1. Stellvertretender Premierminister wurde D. Ganbold (MNPP), und einer der beiden "einfachen" stellvertretenden Premierminister gehört der MDP an; 1. stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Natur- und Umweltschutz (einer Kabinettsbehörde) ist ein "Grüner", ein stellvertretender Justizminister ist MNPP-Mitglied, ein stellvertretender Minister für nationale Entwicklung parteilos, ein stellvertretender Bildungsminister ebenfalls parteilos.⁸⁴

Trotz Zusammenarbeit und Kompromißbereitschaft ist die MRVP aber die entscheidende politische Kraft geblieben. Sie hat seit der Parlamentswahl von 1990 durch Umbesetzung von Führungspositionen möglicherweise einen weiteren begrenzten Kurswechsel vollzogen.

Zunächst wurde auf dem 5. Plenum des 19. Parteitages im November 1990 G. Ochirbat erneut zum Generalsekretär gewählt. In einem Rechenschaftsbericht - von dem hier allerdings nur kurze Auszüge nach Sekundärquellen vorliegen - erklärte Ochirbat u.a., Hauptaufgabe aller Parteimitglieder sei es, die verschiedenen politischen Angriffe auf die Partei aufzudecken und abzuwehren. Einige politische Kräfte kopierten die "Erfahrungen" von Anti-Kommunisten in osteuropäischen Staaten, um daraus zeitweilige politische Vorteile zu ziehen. Sie propagierten die Ideen des Anti-Kommunismus und unternahmen politische Terroristen-Aktivitäten bei dem Versuch, die MRVP aus der politischen Arena zu vertreiben und ihre eigene Dominanz zu verwirklichen.

In einer fast gleichzeitig in der Parteizeitung *Unen* veröffentlichten Rede, die er vor Hochschullehrern und Studenten gehalten hatte, führte Ochirbat u.a. aus, der Sozialismus sei eine Ideologie, die die Menschen zu einem guten und freien Leben führe. Die in der Praxis des sozialistischen Aufbaus aufgetauchten Fehler bedeuteten nicht, daß der Sozialismus schon bei seiner Entstehung verfehlt gewesen sei und die Menschheit nicht für ihn hätte kämpfen sollen. Die gegenwärtige kommunistische Bewegung in der Welt mache keine einheitliche Politik der kommunistischen Parteien aller Länder mehr erforderlich; jede Partei sei berechtigt, gemäß den Erfordernissen des jeweiligen Landes ihre eigene Politik durchzuführen. Die marxistisch-leninistische Theorie sei daher (von der MRVP) auf eine kreative Weise zu studieren, ohne sie als die einzige in der Welt zu beachtende Theorie anzusehen. Ochirbat verurteilte die Einstufung der Theorien von Marx, Engels und Lenin durch einige Parteien in der Mongolei als "reaktionär" und erklärte, dies stelle eine Verleumdung des kulturellen Erbes der Menschheit und dieser großen Denker dar.⁸⁶

In der 1. Februar-Hälfte 1991 erklärte Ochirbat vor MRVP-Angehörigen, die Partei werde es Angehörigen innerparteilicher Faktionen nicht erlauben, eine Zersplitterung zu betreiben. Die unterschiedlichen Denkrichtungen in der Partei sollten zu einer auf breiter Demokratie basierenden Parteisolidarität beitragen, und es sollte keine Unterschiede in der Politik und den Zielen der Partei geben. Ochirbat kritisierte, daß einige MRVP-Mitglieder die Politik anderer Parteien unterstützten und sogar die der MRVP kritisierten; solche Mitglieder sollten zum Austritt aus der MRVP aufgefordert werden.⁸⁷

Derartige Äußerungen lassen, falls sie typisch für die jeweiligen Reden sind, Ochirbat eher als der konservativen Denkrichtung innerhalb der MRVP angehörig erscheinen.

Auf dem 20. Parteitag der MRVP, der vom 25. bis 28. Februar 1991 stattfand, wurde B. Dasyondon zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.⁸⁸ Er gilt als reformfreudiger oder zumindest zwischen Konservativen und Reformern in der MRVP stehend,⁸⁹ was u.a. seine folgenden Äußerungen in einem Interview im April 1991 belegen: Die Tatsache, daß der 20. Parteitag in seinen Beschlüssen nicht den Ausdruck "marxistisch-leninistisch" verwendet habe, bedeute nicht, daß die Partei die marxistisch-leninistische Ideologie oder das Ziel, für Sozialismus zu kämpfen, aufgegeben habe. Bis heute sei keine Ideologie aufgetaucht, die wissenschaftlicher sei als die marxistisch-leninistische. Die MRVP werde fortfahren, für die Verwirklichung der wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Ideologie zu kämpfen; dies sei ein Kampf zur Verhinderung der Wiedereinführung eines System der Ausbeutung von Menschen durch Menschen in der Mongolei. Sozialismus mache jedermann zum Eigentümer von Vermögenswerten ("property"). Die Realität habe allerdings gezeigt, das einzig und allein die Schaffung eines Systems des Staatseigentums es den Arbeitern nicht ermögliche, Eigentümer von Vermögenswerten zu werden. Die Auslegung, Sozialismus bedeute absoluten Staatsbesitz der Volkswirtschaft, sei bereits hinfällig. Gegenwärtig würden (in der Mongolei) verschiedene Formen des Eigentums entwickelt. Sozialismus sei ein faires System; dennoch sei Fairneß nicht mit Gleichheit aller ("egalitarianism") gleichzusetzen. Die marxistisch-leninistische Ideologie habe klar festgestellt, daß wirklicher Sozialismus eine Verteilung entsprechend der geleisteten Arbeit darstelle.⁹⁰

Obwohl die MRVP weiter am Marxismus-Leninismus festhält, wird ein demokratisches politisches System inzwischen jedoch nicht mehr in Frage gestellt und ist in seinen Grundzügen ja bereits verwirklicht worden.

Wirtschaftliche Öffnung und Marktwirtschaft

Auch in der Wirtschaft begannen die Reformen schon vor dem politisch entscheidenden Jahr 1990.

Bereits 1987 wurden Maßnahmen eingeleitet, die Arbeitsbrigaden in der Industrie durch Genossenschaften abzulösen. Ab 1.1.1988 wurden für die gesamte Wirtschaft offiziell nur noch Globalwerte für den jeweiligen Planungszeitraum vorgegeben, deren Realisierung dann den in den einzelnen Bereichen unmittelbar Zuständigen überlassen bleiben sollte - eine Abkehr von der inzwischen oft kritisierten "Kommando-Wirtschaft", die aber möglicherweise nicht sofort voll in die Tat umgesetzt werden konnte.⁹¹ Die ebenfalls 1988 eingeführte Abhängigkeit

der Löhne in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie und im Binnenhandel von den Einnahmen (oder Gewinnen?) des jeweiligen Unternehmens führte aber immerhin zu einer Senkung des Materialverbrauchs.

Anlaß zu diesen und weiteren Reformen waren Mißstände in der Wirtschaft, die von offizieller Seite 1988 und 1989 inhaltlich u.a. wie folgt beschrieben wurden: langsames Wachstum der Arbeitsproduktivität in wichtigen Sektoren wie der Landwirtschaft und Industrie; teilweise Nichterfüllung von eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und von Regierungsanordnungen; z.T. schlechte Qualität von Produkten; nicht den Bedarf deckende Produktion von Nahrungsmitteln und anderen im Lande produzierten Konsumgütern; Terminüberziehung bei zahlreichen Bauprojekten; rückläufiger Pro-Kopf-Verbrauch.⁹³ Als grundlegenden Nachteil des praktizierten Systems des Wirtschaftsmanagements und der Wirtschaftsplanung hatte Premierminister Sodnom bereits 1988 die "Über-Zentralisierung" bezeichnet.⁹⁴

Mit Wirkung vom 1.1.1989 wurde die staatliche Kontrolle der Außenwirtschaft erheblich verringert: Industrie- und Handelsunternehmen der Mongolei erhielten die Möglichkeit, im Außenhandel direkt Handelsbeziehungen zu ausländischen Partnern zu unterhalten, aus den Exporteinnahmen Rücklagen zu bilden und sich an joint ventures zu beteiligen. Gleichzeitig wurde die Liste der noch zentral bewirtschafteten Aus- und Einfuhrgüter drastisch reduziert.⁹⁵

In der Landwirtschaft wurde gegen Ende 1989 der vorher (außer für den Eigenbedarf) obligatorische Verkauf von Fleisch, Wolle und Milch an den Staat zu staatlich festgesetzten Preisen abgeschafft, d.h. auf eine freiwillige Basis umgestellt; gleichzeitig wurde die Zahl der privat haltbaren Großtiere stark heraufgesetzt und jedwede Begrenzung für die private Zucht von Schweinen, Kaninchen und Hühnern aufgehoben. Im März 1990 fiel auch die Grenze für die private Zucht von Großtieren. Zudem wurde zur Belebung der privaten Tierzucht für 1991 eine starke Anhebung der staatlichen Aufkaufpreise für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse angekündigt.⁹⁶

Zum stufenweisen Übergang zur Marktwirtschaft ab 1991, den die politische Führung immer wieder ankündigte,⁹⁷ wurden bereits 1990 Einzelmaßnahmen eingeleitet. So verabschiedete der Ministerrat im Sommer 1990 eine Vorlage, die den Staatsbetrieben und Genossenschaften die Ausgabe von Anteilscheinen erlaubte. Durch ein am 1.Mai 1990 in Kraft getretenes "Gesetz über ausländische Investitionen" wurde die bisherige Beschränkung von Investitionen aus dem Ausland auf "sozialistische" Staaten aufgehoben. Zulässig sind seither prinzipiell Investitionen aus allen Ländern in alle mongolischen Wirtschaftsbereiche, und zwar sowohl in Form von joint ventures als auch in Betriebe, die zu 100% in ausländischem Besitz bleiben; eine Nicht-Verstaatlichung beider Firmenkategorien wird garantiert. Voraussetzung für die Genehmigung der Investitionen ist jedoch u.a. der Einsatz moderner Technologien, eine vorwiegend für den Export bestimmte Produktion und eine Umweltschutz-Garantie durch das Unternehmen.⁹⁸

Erste Stufe der Umstrukturierung der Wirtschaft zur Marktwirtschaft war aber offenbar nur die Zulassung privatwirtschaftlicher Initiativen neben dem fortbestehenden öffentlichen Wirtschaftssektor. Eine kurz vor Mitte November 1990 herausgegebene Erklärung der Regierung warnte vor einer Verfälschung dieser Politik durch einzelne Behördenmitarbeiter. Die Erklärung hob hervor, die Privatisierung von Staatsbesitz und eine ausgewogene Entwicklung verschie-

dener Eigentumsformen stellten eine der Grundvoraussetzungen für den Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft und zur Beseitigung der Trennung der Bevölkerung von Besitz bei den wirtschaftlichen Aktivitäten dar, doch müsse dies unter staatlicher und öffentlicher Kontrolle gemäß einer einheitlichen Politik und Rechtsgrundlage verwirklicht werden. Die Regierung werde die Privatisierung in einer Atmosphäre der Offenheit etc. durchführen. Vor einer endgültigen Entscheidung dazu sei die Privatisierung von Staatsbesitz nicht zulässig, doch werde die Regierung weiterhin die Gründung von Firmen aus privaten Mitteln unterstützen.⁹⁰

Die zugelassenen privaten Aktivitäten stießen offenbar auf großes Interesse. So wurden allein in Ulan Bator in einem Zeitraum von gut drei Monaten (von August bis Anfang November 1990) mehr als 180 Kleinbetriebe - offenbar meist im produktiven Bereich - mit über 700 Beschäftigten offiziell eingetragen.¹⁰⁰

Ende Dezember 1990 verabschiedete der Kleine Staatshural ein Aktionsprogramm der Regierung zur nationalen Erneuerung. Zur Wirtschaft sieht es vor, die meisten Staatsbetriebe zu privatisieren; nur einige wesentliche Bereiche wie die Energiewirtschaft, Luft- und Schienenverkehr, Post- und Fernmeldewesen, Wasserversorgung, Zentralbank und öffentliche Rundfunk- und Fernsehstationen sollen weiterhin staatlich bleiben. Ebenso werden Grund und Boden im Staatsbesitz verbleiben, aber die Pachtung von Grundstücken durch Privatpersonen ist erwünscht. Ausländische Investitionen (mit wie o.a. bis zu 100% ausländischem Besitzanteil) sind willkommen und werden geschützt. In der Anfangsphase des Überganges zur Marktwirtschaft wird der Staat eine strikte Kontrolle über die Preise für Grundbedürfnisse der Bevölkerung ausüben. Die Privatisierung von Staatsunternehmen wird sorgfältig und durch Ausgabe von Aktien erfolgen.¹⁰¹

Die wirtschaftlichen Veränderungen in jüngster Zeit haben zu erheblichen Problemen für die Mongolei geführt - bis hin zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln, die die Regierung im Januar 1991 zu einem Rückgriff auf die staatlichen Nahrungsmittelreserven und Zusatzeinkäufen im Ausland veranlaßte; außerdem erhielt das Kabinett eine auf sechs Monate befristete Sondervollmacht, erforderlichenfalls direkt die Kontrolle wichtiger Betriebe zu übernehmen.¹⁰² Worauf diese Entwicklung im einzelnen zurückgeht, ist aus den spärlichen hier vorliegenden Informationen nicht ersichtlich. Dazu beigetragen haben dürfte aber in jedem Fall die graduelle wirtschaftliche Abkoppelung von der Sowjetunion, welche 1990 mit einer Reduzierung ihrer Investitionen begann und seit der (vorher vereinbarten) Umstellung des bilateralen Handels auf frei konvertierbare Währungen und Weltmarktpreise ab 1.1.1991 nach mongolischen Angaben vom März 1991 keine Zahlungen mehr leistete.¹⁰³

Ein positives Ergebnis hat die Wirtschaftsreform dennoch bereits gebracht: Nach Aufhebung der Beschränkungen für die private Tierhaltung stieg die Zahl der in Privatbesitz befindlichen Großtiere auf 6,9 Mio. im Oktober 1990, und der gesamte Großtierbestand lag mit 25,4 Mio. Ende Dezember 1990 höher als in irgendeinem anderen Jahr seit 1941.¹⁰⁴

Resume

Rund 7 Jahrzehnte Herrschaft der MRVP bzw. anfangs MVP haben der Mongolischen Volksrepublik sehr unterschiedliche Ergebnisse gebracht: Einerseits ist das vorher bestehende Feudalsystem seit langem völlig abgeschafft, und die Daseinsbedingungen für die Bevölkerung haben sich im materiellen Bereich außerordentlich verbessert. Auf der anderen Seite mußte dafür mit politischer Unterdrückung bezahlt werden, die offenbar auch nicht unmittelbar betroffenen Bürgern vielfach die Bereitschaft zu Eigeninitiative und persönlichem Engagement nahm - was sich, obwohl bis in die jüngste Zeit Zuwachsraten im Sozialprodukt erzielt wurden, auch auf den Zustand der Wirtschaft negativ auswirkte.

Die MRVP- und Staatsführung hat in der 2. Hälfte der 1980er Jahre in Erkenntnis dieser Problematik schrittweise Reformen eingeleitet - offenbar die von Gorbatschow in der UdSSR initiierten Veränderungen vor Augen und von ihnen teilweise betroffen, aber bereits Jahre vor den Umwälzungen in Osteuropa.

Etwa zeitgleich mit den Vorgängen in Osteuropa ab Herbst 1989 erfuhren diese Reformen eine erhebliche Beschleunigung durch die - zunächst informelle - Bildung oppositioneller Organisationen. Resultat war die offizielle Einführung eines Mehrparteiensystems im Frühjahr 1990, die Abhaltung korrekt durchgeführter Wahlen auf der Grundlage dieses Systems und eine anschließende Regierungsbildung aufgrund des Wahlergebnisses. Bemerkenswert ist, daß sowohl die Regierung als auch die Opposition dabei - trotz einer Anzahl Demonstrationen und einigen kleinen Hungerstreiks - Kompromißbereitschaft und Toleranz zeigten, so daß die Entwicklung praktisch gewaltfrei und bis zu einem gewissen Grad sogar einvernehmlich verlief.

Im wirtschaftlichen Bereich sind Reformen noch nicht im selben Umfang verwirklicht worden, d.h. die Umstellung von Zentralverwaltungswirtschaft auf Marktwirtschaft durchläuft noch eine frühere Phase.

Nach zahlreichen offiziellen Ankündigungen und Beschlüssen wie auch nach den bereits durchgeführten Maßnahmen und sonstigen Gegebenheiten ist davon auszugehen, daß sowohl eine demokratische politische Struktur beibehalten als auch die Umstellung auf Marktwirtschaft fortgesetzt wird.

Die MRVP, die, falls nicht unvorhersehbare Umstände eintreten sollten, zumindest bis 1995 die maßgebliche politische Kraft bleiben wird, sieht sich trotz Bekenntnis zu diesen beiden Punkten aber weiterhin als Partei mit einer - wenn auch abgewandelten - marxistisch-leninistischen Ideologie.

Dies ergibt für die künftige Entwicklung sehr interessante Fragen; denn zu streichen sind aus dieser Ideologie ja, wie dargelegt, so bisher zentrale Vorstellungen wie die Diktatur einer bestimmten Klasse (als zeitlich nicht befristete Zwischenstufe auf dem Weg zum Sozialismus) bzw. überhaupt jedwede Diktatur, und ebenso eine direkte staatliche Wirtschaftsleitung durch eine Zentralverwaltungswirtschaft o.ä. Angestrebt wird hingegen u.a. die Beteiligung einer breiten Bevölkerungsschicht am Eigentum und eine der Leistung entsprechende Bezahlung unter Beibehaltung sozialer Gerechtigkeit.

Für die neue Form von "Soft"-Kommunismus - wie er auf die eine oder andere Art ja auch außerhalb der Mongolei zur Debatte steht - gelten daher u.a. die folgenden Gesichtspunkte:

- Eine breite Streuung von Privateigentum ist von der jetzigen Basis aus naturgemäß möglich und kann durch Beteiligungen, über Genossenschaften u.a. erfolgen.
- Eine Bezahlung ausschließlich nach Leistung dürfte dagegen in einer Marktwirtschaft schwer zu verwirklichen sein; denn die Einnahmen, aus denen die Bezahlung jeweils zu erfolgen hat, werden in einem solchen System nicht nur durch Leistung, sondern auch abhängig von Faktoren wie Angebot und Nachfrage am Markt erwirtschaftet. Selbständig Erwerbstätige können z.B. in der Landwirtschaft oder dem Handel je nach Situation u.U. weit überproportional hohe Einnahmen und Gewinne erzielen.
- Stark ungleichmäßige Einnahmen führen zur Bildung von Schichten oder Gruppen mit gemeinsamen Interessen, die sie naturgemäß auch in der Politik zu wahren suchen.
- Wenn die MRVP, wie glaubhaft angekündigt, auch nach 1990 auf demokratischer Basis bei freien Wahlen um eine Parlamentsmehrheit kämpfen wird, ist ihre Abwahl zu irgendeinem Zeitpunkt nach den Erfahrungen in anderen Ländern wahrscheinlich. Sie wird dann ihre Politik nicht mehr durchsetzen können, sondern bei einer Regierung mit einer mutmaßlich divergierenden Politik Oppositionspartei sein. Kommt sie danach wieder an die Macht, so sieht sie sich mutmaßlich von ihrer politischen Linie mehr oder weniger abweichenden Gegebenheiten konfrontiert, d.h. muß evtl. Zugeständnisse an die neue Lage machen.

Es fragt sich daher, ob ein "weicher" Kommunismus, der auf radikale Methoden und "Lösungen" verzichtet, eine Regierungspartei nicht immer näher an das System einer sozialen Marktwirtschaft heranführt.

Wie die Zukunftsplanung der MRVP konkret aussieht, dürfte bereits in den nächsten Monaten deutlich werden: Der endgültige Entwurf einer neuen Verfassung sollte noch im April dem Kleinen Staatshural und später dem Großen Volkshural zur Beratung vorgelegt werden.¹⁰⁵

Anmerkungen:

1. a) Academy of Sciences MPR: **Information Mongolia. A Comprehensive Reference Source of the People's Republic of Mongolia** (MPR), Oxford/ New York/ Frankfurt u.a. 1990, S. 91 ff; b) Beiträge mehrerer Autoren in: Weiers, Michael (Hrsg.): **Die Mongolen. Beiträge zu ihrer Geschichte und Kultur**, Darmstadt 1986, S.183 ff; c) Bawden, C.R. **The Modern History of Mongolia**, New York/ Washington 1968, S.38 ff; d) Murphy, George G.S.: **Soviet Mongolia. A Study of the Oldest Political Satellite**, Berkeley/ Los Angeles 1966, S.1 ff; e) Rupen, Robert: **How Mongolia is Really Ruled. A Political History of the Mongolian People's Republic 1900-1978**, Stanford (Calif.) 1979, S.5 ff; f) Sanders, Alan J.K.: **Mongolia. Politics, Economics and Society**, London/ Boulder (Col.) 1987, S.4 ff.
2. Barthel, Hellmuth: **Land zwischen Taiga und Wüste. 50 Jahre freie Mongolei**, Leipzig 1971, S.65.
3. In Bawden 1968, S.189, wird darauf hingewiesen, daß auch die Beibehaltung des Bogdo Gegen in seiner traditionellen "Königs"-Funktion kaum auf von vornherein vorgesehene traditionelle Veränderungen schließen ließ. Laut Murphy 1966, S.25, gab die "provisorische Regierung" 1921 eine Proklamation an die Mongolen heraus, deren 3 Hauptforderungen waren: Abschaffung von Sklaverei und Feudalismus, ein gleiches Steuersystem für alle, eine konstitutionelle Monarchie unter dem Bogdo Gegen.
4. Rupen 1979, S.36.
5. Rupen 1979, S.45.
6. In Urga von einer Division auf 1 Bataillon; s. Murphy 1966, S.77.
7. Rupen 1979, S.33.

8. Laut Murphy 1966, S.77, traf die sowjetische Geheimpolizei im August 1922 ein, laut Rupen 1979, S.31, wurde die GVO am 2.Juli unter sowjetischer Führung gebildet.
9. Laut Murphy 1966, S.76-78, dem zufolge die Exekutionen am 30.August stattfanden, während Rupen 1979, S.31, den 7.August als Hinrichtungsdatum nennt.
10. S. u.a. Murphy 1966, S.78, und Sanders 1987, S.19.
11. Murphy 1966, S.79-80 und 86; Rupen 1979, S.31. Laut Murphy wurde der Danzan-Protege Bawasan, einer der Sekretäre des 3. Parteitages (im August 1924), von Mitgliedern der MVP-/MRVP-nahen Jugendorganisation "Revolutionary Union of the Youth" (bekannt unter der russischen Abkürzung "Revsomol") verhaftet. Danzan begab sich daraufhin zum Parteitag und drohte mit Militäreinsatz, worauf sofort 30 Bewaffnete der Revsomol das Tagungsgebäude besetzten. In ihrer Gegenwart wurde der Parteitag zu einer Art Gericht umfunktioniert. Das Todesurteil wurde innerhalb von 24 Stunden vollstreckt.
12. Murphy 1966, S.95. Zahl der Parteiausschlüsse nach: Academy of Sciences MPR 1990, S.155.
13. Sanders 1987, S.20-21.
14. Dupuy, Trevor N. et al: **Area Handbook for Mongolia**, Washington 1970, S.66-69. Sanders 1987, S.22. Rupen 1979, S.53.
15. Dupuy 1970, S.69.
16. Rupen 1979, S.74.
17. Sanders 1987, S.22.
18. Radio Ulan Bator, 1.2.1990, laut **Summary of World Broadcasts** (SWB - der BBC), 3.2.1990. Nach offiziellen Angaben belief sich die Gesamtbevölkerung der MVR z.B. 1940 auf 741.200.
19. Rupen 1979, S.73.
20. **Xinhua**, 23.4.1991.
21. Nach der Inhaltsangabe zur Verfassung in: Europa Publications Ltd. (Hrsg.): **The Far East and Australasia 1990**, London 1989, S.652.
22. Academy of Sciences MPR 1990, S.153.
23. Europa Publications Ltd. (Hrsg.): **The Far East and Australasia 1991**, London 1990, S.671.
24. Academy of Sciences MPR 1990, S.279-280 und 289. Laut Murphy 1966, S.117, besuchten 1929 2% (der Bevölkerung?) eine weltliche Schule.
25. Sowjetisches Fernsehen, 29.11.1984, laut **SWB**, 1.12.1984.
26. Academy of Sciences MPR 1990, S.252-253.
27. Academy of Sciences MPR 1990, S.482.
28. Academy of Sciences MPR 1990, S.258.
29. Sanders 1987, S.84-85.
30. Murphy 1966, S.98-99.
31. Sanders 1987, S.85.
32. Rupen 1979, S.55-57.
33. Dupuy 1970, S.65, Academy of Sciences MPR 1990, S.231.
34. Sanders 1987, S.96.
35. Murphy 1966, S.157-158.
36. Academy of Sciences MPR 1990, S.465.
37. Academy of Sciences MPR 1990, S.465.
38. Academy of Sciences MPR 1990, S.479.
39. Nach den Haushaltsübersichten in: Academy of Sciences 1990, S.479.
40. Vgl. u.a. die Angaben in Sanders 1987, S.85 ff, und Murphy 1966, S.175-176.
41. Sanders 1987, S.98.
42. Tass, 30.4.1990, laut **SWB**, 5.5.1990.
43. Nach Tass, 17.7.1990, laut **SWB**, 21.7.1990, wurde dieses System in jüngster Zeit abgeschafft (s.u.).
44. Montsane, 27.2.1990, laut **SWB**, 5.3.1990.
45. Tass, 24.10.1988, laut **Weekly Economic Report** (der BBC), 9.11.1988.
46. Academy of Sciences MPR 1990, S.479-480.
47. Far Eastern Economic Review (Hrsg.): **Asia 1988 Yearbook**, Hongkong 1987, S.188 und 191. (Um Verwechslungen mit der Zeitschrift des Verlages zu vermeiden, wird die Jahrbuchserie bei Kurzzitaten in der Folge unter dem Jahrachtitel zitiert.)
48. Far Eastern Economic Review (Hrsg.): **Asia Yearbook 1989**, Hongkong 1988, S.178-179.
49. Far Eastern Economic Review (Hrsg.): **Asia 1990 Yearbook**, Hongkong 1989, S.180-181.
50. Ostasiatischer Verein (Hrsg.): **Asien Pazifik. Wirtschaftshandbuch 1987/88**, Hamburg 1988, S.249.
51. **Asia 1988 Yearbook**, S.189-190.
52. Ostasiatischer Verein (Hrsg.): **Asien Pazifik. Wirtschaftshandbuch 1989/90**, Hamburg 1989, S.266.

53. *Asia 1988 Yearbook*, S.190.
54. *Xinhua*, 1.10.1989 und 2.3. und 18.4.1991. *Working People's Daily* (Yangon), 4.12.1990.
55. Montsame, 4.3.1989, laut *SWB*, 6.3.1989. Radio Moskau, 22.10.1989, laut *SWB*, 16.10.1989.
56. Nach: The International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): *The Military Balance 1988-1989*, London 1988, S.171.
57. *International Herald Tribune*, 6./7.1.1990.
58. *Xinhua*, 20.1.1990.
59. *Asian Wall Street Journal*, 23.1.1990.
60. Ein "Kandidat" ist in der MRVP ein nicht stimmberechtigtes Mitglied - sowohl im Politbüro wie auch in der Partei allgemein.
61. Radio Ulan Bator, 22.1.1990, laut *SWB*, 24.1.1990.
62. Radio Ulan Bator, 14.2.1990, laut *SWB*, 15.2.1990.
63. *Far Eastern Economic Review*, 1.2.1990, S.22.
64. ADN, 25.1.1990, laut *SWB*, 27.1.1990.
65. Diese Veranstaltung wurde am 5.3.1990 von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit Bezug auf die Nachrichtenagentur Reuter gemeldet.
66. Radio Ulan Bator, 8.3.1990, laut *SWB*, 10.3.1990.
67. ADN, 8.3.1990, laut *SWB*, 9.3.1990.
68. ADN, 8.3.1990, laut *SWB*, 10.3.1990.
69. Tass, 2. und 3.5.1990, laut *SWB*, 4.5.1990. Radio Ulan Bator, 8.5.1990, laut *SWB*, 10.5.1990; *The Nation* (Bangkok), 8.5.1990.
70. *Far Eastern Economic Review*, 29.3.1990, S.12.
71. Radio Ulan Bator, 22.3.1990, laut *SWB*, 26.3.1990.
72. *Far Eastern Economic Review*, 5.4.1990, S.29; *Xinhua*, 29.3.1990; Radio Ulan Bator, 22.3.1990, laut *SWB*, 30.3.1990.
73. *Working People's Daily*, 17.4.1990; *International Herald Tribune*, 11.4.1990. *Neue Züricher Zeitung*, 18.4.1990.
74. Radio Ulan Bator, 20.4.1990, laut *SWB*, 21.4.1990; *International Herald Tribune*, 20.4.1990.
75. Montsame, 11.6.1990, laut *SWB*, 13.6.1990; ADN, 4.6.1990, laut *SWB*, 7.6.1990.
76. *Xinhua*, 2.7.1990; Tass, 30.6.1990, laut *SWB*, 2.7.1990.
77. Sanders, Alan: "Mongolia", S.670, in: Europa Publications Ltd. (Hrsg.): *The Far East and Australasia 1991*, London 1990, S.660-675. Radio Ulan Bator, 6.6.1990, laut *SWB*, 6.6.1990; ADN, 10.5.1990, laut *SWB*, 11.5.1990.
78. *Far Eastern Economic Review*, 31.5.1990, S.26.
79. Radio Ulan Bator, 18.6.1990, laut *SWB*, 21.6.1990.
80. *Xinhua*, 8.4.1990, laut *SWB*, 11.4.1990.
81. ADN, 5.5.1990, laut *SWB*, 7.5.1990.
82. *Far Eastern Economic Review*, 10.8.1990, S.23, und 16.8.1990, S.23 und 27. Radio Ulan Bator, 25.7.12990, laut *SWB*, 28.7.1990.
83. Sanders 1990, S.670-671.
84. Nach einer Kabinettliste mit Parteizugehörigkeit, die dankenswerterweise von der Botschaft der Mongolischen Volksrepublik in Bonn zur Verfügung gestellt wurde.
85. *Xinhua*, 22.11.1990.
86. *Xinhua*, 21.11.1990.
87. *Xinhua*, 12.2.1991, laut *SWB*, 15.2.1991.
88. *Working People's Daily*, 4.3.1991.
89. *Neue Züricher Zeitung*, 5.3.1991; *Süddeutsche Zeitung*, 3.3.1991.
90. *Xinhua*, 6.4.1991, laut *SWB*, 15.2.1991.
91. Ostasiatischer Verein 1988, S.250-251.
92. *Asia Yearbook 1989*, S.181.
93. Ostasiatischer Verein 1989, S.266.
94. *Asia 1988 Yearbook*, S.191.
95. Ostasiatischer Verein 1989, S.266.
96. Ostasiatischer Verein (Hrsg.): *Asien Pazifik. Wirtschaftshandbuch 1991*, Hamburg 1991, S.269.
97. S. u.a.: *Far Eastern Economic Review* (Hrsg.): *Asia 1991 Yearbook*, Hongkong 1990, S.174.
98. Ostasiatischer Verein 1991, S.266-268.
99. Montsame, 13.11.1990, laut *SWB*, 16.11.1990.
100. *Xinhua*, 8.11.1990.
101. *Xinhua*, 31.12.1990 und 1.1.1991, laut *SWB*, 3.1.1991.
102. ADN, 15.1.1991, laut *SWB*, 17.1.1991; *Xinhua*, 12.1.1991.
103. *Working People's Daily*, 17.3.1991; Tass, 17.7.1990, laut *SWB*, 21.7.1990.
104. Radio Ulan Bator, 25.10.1990, laut *SWB*, 7.11.1990; *Xinhua*, 30.12.1990.
105. Radio Ulan Bator, 20.2.1991, laut *SWB*, 25.2.1991.